

«Nichtstun ist keine Option»

Jakob Tanner Der Wirtschaftshistoriker über Protestbewegungen, Kritik am Kapitalismus, Parallelen zur Vergangenheit – und einen Anschlag aufs Bundeshaus.

INTERVIEW: BEAT BALZLI, PASCAL IHLE UND SAMUEL TRÜMPY (FOTOS)

Sie haben dieses Jahr einen Vortrag gehalten mit dem Titel «Zwischen Spekulationsblase und Crash – die Börse als kultureller Ort». Unter Kultur stellen wir uns eigentlich etwas anderes vor als Aktienkurse.

Jakob Tanner: In diesem Vortrag, den ich in einer Ringvorlesung über den «Ort der Kultur» gehalten habe, ging ich von einem erweiterten Kulturbegriff aus. In der Geschichtswissenschaft wird die Unterscheidung zwischen Hoch- und Populärkultur in Frage gestellt. Auch das grosse Geld ist im kleinen Alltag präsent. Der Börsenkurs hat via Fernsehen längst Eingang in Stuben und Schlafzimmer gefunden. Wenn wir die materielle Kultur in einem urbanen Raum analysieren, dann finden wir auch immer Börsengebäude als architektonische Monumente. Der Handel mit Wertpapieren hat sich vor allem seit dem 19. Jahrhundert in glanzvollen Gebäuden materialisiert. Die Börsen sind städtische Wahrzeichen, sie werden geradezu als Tempelbauten inzeniert.

Als Kathedralen des Mammons?

Tanner: Ich würde den Begriff «Mammon» nicht benutzen. Aber es sind Kathedralen einer Geldmacht. 1688 publizierte der aus Spanien nach Holland ausgewanderte Joseph de la Vega in Amsterdam eine der ersten Schriften über die moderne Börse mit dem Titel «Confusión de Confusiones», übersetzt als «Verwirrung der Verwirrungen». Hier wird der Börsenhandel als zweischneidig und als rätselhaft dargestellt.

De la Vegas Buchtitel könnte auch ein aktueller Kommentar zur Finanzkrise sein. Der Autor war der Zeit offenbar weit voraus.

Tanner: Ja, seine Analyse, die er dialogisch in vier Gesprächen zwischen einem Aktionär, einem Kaufmann und einem Philosophen entwickelt, sind heute noch aktuell. De la Vega sagte, die Börse sei «ein Inbegriff von Schwandelen, ein Prüfstein für die Vernünftigen, ein Grabstein für die Tollkühnen, eine Schatzkammer des Nutzens, ein Herd des Unheils, ein Abbild des Sisyphus» – er nimmt damit viele Diskussionen der nachfolgenden Jahrhunderte vorweg. Und er unterscheidet auch die «Fürsten des Geschäfts», die ihren Leichtsin an der Börse vermehren und langfristige Investitionen können, von den Kaufleuten, die kurzfristig kalkulieren, und den «Spielern und Spekulanten».

Die Krise dürfte Sie als Sozial- und Wirtschaftshistoriker kaum überraschen. Phasen der totalen Verwirrung waren immer schon fester Bestandteil der Finanzmärkte.

Tanner: Finanzmärkte sind instabil. Man kann Krisen durch kluge Regulationen abdämpfen und ihre Auswirkungen auf die ganze Wirtschaft eindämmen. Die Vorstellung, dass die Kapitalakkumulation krisenfrei und harmonisch und ausgeglichen verlaufen könne, ist jedoch eine Illusion. Das hat weder im Kapitalismus noch in Planwirtschaften je so funktioniert. Krisen sind integraler Bestandteil der modernen Welt – es hat noch nie eine moderne und schon gar keine kapitalistische Gesellschaft gegeben, die nicht durch oppositionelle Kräfte, durch soziale Bewegungen herausgefordert und durch Konflikte durchgeschüttelt wurde. Und es gab auch immer die Suche nach Verantwortlichen, nach Schuldigen. Dabei werden immer wieder unterkomplexe, ja abstruse Theorien ins Spiel gebracht. So gibt es auch heute wieder Stimmen, die behaupten, Wall Street sei jüdisch, sei der Mammon...

... die berühmten Verschwörungstheorien.
Tanner: ... ja, Verschwörungstheoretiker erhalten Aufwind und das Internet stellt

ihnen einen riesigen Hallraum zur Verfügung. Gleichzeitig gibt es aber auch eine grosse Ernsthaftigkeit in dieser Diskussion. Viele haben einfach genug, dass sich eine schmale Geldelite im Boom schamlos bereichert und dann im Krisenabsturz nicht zur Rechenschaft gezogen wird. Es geht nicht nur um ungerechtfertigte Geldbezüge, sondern auch um die sich öffnende Einkommens- und Vermögensschere und die Einsicht, dass sich die Justiz wenig um möglicherweise kriminelle Machenschaften im Finanzsektor interessiert. Das sind die Probleme, welche nun eine bunte gemischte Szene von jungen Menschen, die ihrem Protest Ausdruck verleihen wollen, auf die Strasse getrieben hat.

Sie sprechen die «Occupy Wall Street»-Demonstranten an. Sind sie bloss ein Haufen Hippies, wie die Republikaner behaupten? Oder erleben wir die Vorboten einer historischen Zäsur?

Tanner: Von der Nutzung der Massenmedien für die Verbreitung der eigenen Botschaft haben diese Demonstranten durchaus etwas von den Hippies gelernt. Aber diesbezüglich ist die «Tea Party»-Bewegung der Republikaner ja auch sehr erfolgreich. Es ist deshalb schwierig, von einer Zäsur zu sprechen, weil wir heute in einer überaus komplexen Konstellation von Protesten, Konflikten, Aufständen und Gewaltexzessen leben, die ganz unterschiedlich motiviert sind. Die Randalie-

«Es gibt Eliten, die eignen sich einen immer grösseren Teil der Wirtschaftsleistung an.»

renden und plündernden Jugendlichen in englischen Städten, die geradezu geordnet und mediengewand agierenden Wall-Street-Besetzer (die nun in verschiedenen europäischen Städten Nachahmung finden), das angestregte Obama-Bashing der Tea-Party-Anhänger mit ihrem düsteren Glauben an eine Verschwörung, das Green Movement in Iran, die Twitter-Revolution in Moldawien und die arabische Revolution – alle diese Phänomene erzeugen «heisse» Informationen. Als Nachrichten wandern sie auf Bildschirmen um den Globus. Die Ausdrucksformen dieses Protests und die Beweggründe der Akteure sind fundamental heterogen und eine gemeinsame Linie ist nicht vorhanden.

Geht es nicht bei allen diesen Bewegungen um Verteilungsgerechtigkeit und demokratische Partizipationsrechte?
Tanner: Wer genauer hinlickt, erkennt einige ähnliche Diskurselemente. Es geht

«gegen die da oben», die Demonstranten wenden sich gegen politische Unterdrückung, soziale Ungleichheit und wirtschaftliche Ungerechtigkeit.

Und dagegen wehren sich die Eliten.

Tanner: Ja. Aus historischer Sicht sind hier zwei Punkte wichtig. Zum einen wurde immer wieder versucht, die Legitimität von Protesten mit dem Hinweis auf die gewalttätigen Formen, in denen er ausgetragen wurde, in Frage zu stellen. Aber auch die Krawallnächte in London wurden durch die eklatante polizeiliche Diskriminierung sozialer Gruppen, die sowieso schon schlecht gestellt sind, ausgelöst. In einer Demokratie ist es immer legitim, gegen solche Formen der Unterdrückung zu protestieren und Rechte einzufordern – wenn das nicht mehr möglich wäre, würden die demokratischen Aushandlungsprozesse an inhaltlicher Substanz verlieren. Das Argument, das seien «blosse Kriminelle», verfehlt diesen zentralen Punkt. Es gibt Eliten, die eignen sich einen immer grösseren Teil der Wirtschaftsleistung an und rufen dann nach Repression, wenn sich jemand dagegen wehrt. So geht das aber nicht in einer Demokratie.

Und der andere Punkt?

Tanner: Da geht es um die sich wandelnden Deutungsmuster, die dem Protest zugrunde liegen. Der Sozialhistoriker Edward P. Thompson hat gezeigt, wie in der Frühen Neuzeit und noch bis ins 19. Jahrhundert hinein Revolten um den «gerechten Preis» stattfanden. Bei diesen Food Riots handelte es sich nicht um einen blindwütigen Mob, wie das häufig dargestellt wurde, sondern um meist hoch regulierte Aktionen. Die armen Leute haben die Getreidespeicher gestürmt; sie fanden es unmoralisch, dass die Preise für Korn prohibitiv hoch waren, sodass sie hungern oder gar sterben sollten, obwohl Nahrung da war. Häufig haben sie nach dem Sturm auf die Lager den «gerechten Preis» bezahlt. Sie fühlten sich mit ihrer direkten Aktion im vollen Recht. Die Arbeiterbewegung hat dann später die Realität der Marktgesellschaft akzeptiert und versucht, durch Organisation den Preis der Arbeit zu erhöhen.

Das waren letztlich leere Worte. Der Bundesrat nahm nicht zur Kenntnis, dass zur Jahrhundertwende weite Teile der Schweizer Bevölkerung unter dem Existenzminimum lebten. 1918 kam es zum Generalstreik, der wichtigsten gesellschaftlichen Auseinandersetzung der schweizerischen Zeitgeschichte.

Tanner: Der Erste Weltkrieg schuf neue Bedingungen. Die lohnwerbstätige Bevölkerung – und damit die grosse Mehrheit – verlor massiv an Einkommen, während die Kriegsgewinne in die Höhe schossen. Der Bundesrat tat kaum etwas, um diese Probleme zu lösen. So kulminierte der Klassenkonflikt am Schluss des Krieges in einem unbefristeten Generalstreik. Unmittelbar ausgelöst wurde er durch Militär und Bürgertum, welche die Linke mit Truppenaufboten provozieren. Vor dem bundesrätlichen Ultimatum haben Sozialdemokratie und Gewerkschaften schliesslich kapituliert. Im Rück-

Zum Beispiel?

Tanner: 1885 verfasste der Bundesanwalt und spätere Bundesrat Eduard Müller auf Grund eines Gerüchts, die Anarchisten wollten das Bundeshaus mit Dynamit in die Luft sprengen, einen Bericht. Nach etwa 100 Seiten kam er dann zum Schluss, das Gerücht sei substanzlos. Dann folgt das bemerkenswerte Statement, die Politik habe die Aufgabe, die Lösung der «sozialen Frage» voranzutreiben, sonst müsse man sich nicht wundern, wenn soziale Unrast und damit auch Anarchismus auf-trete.

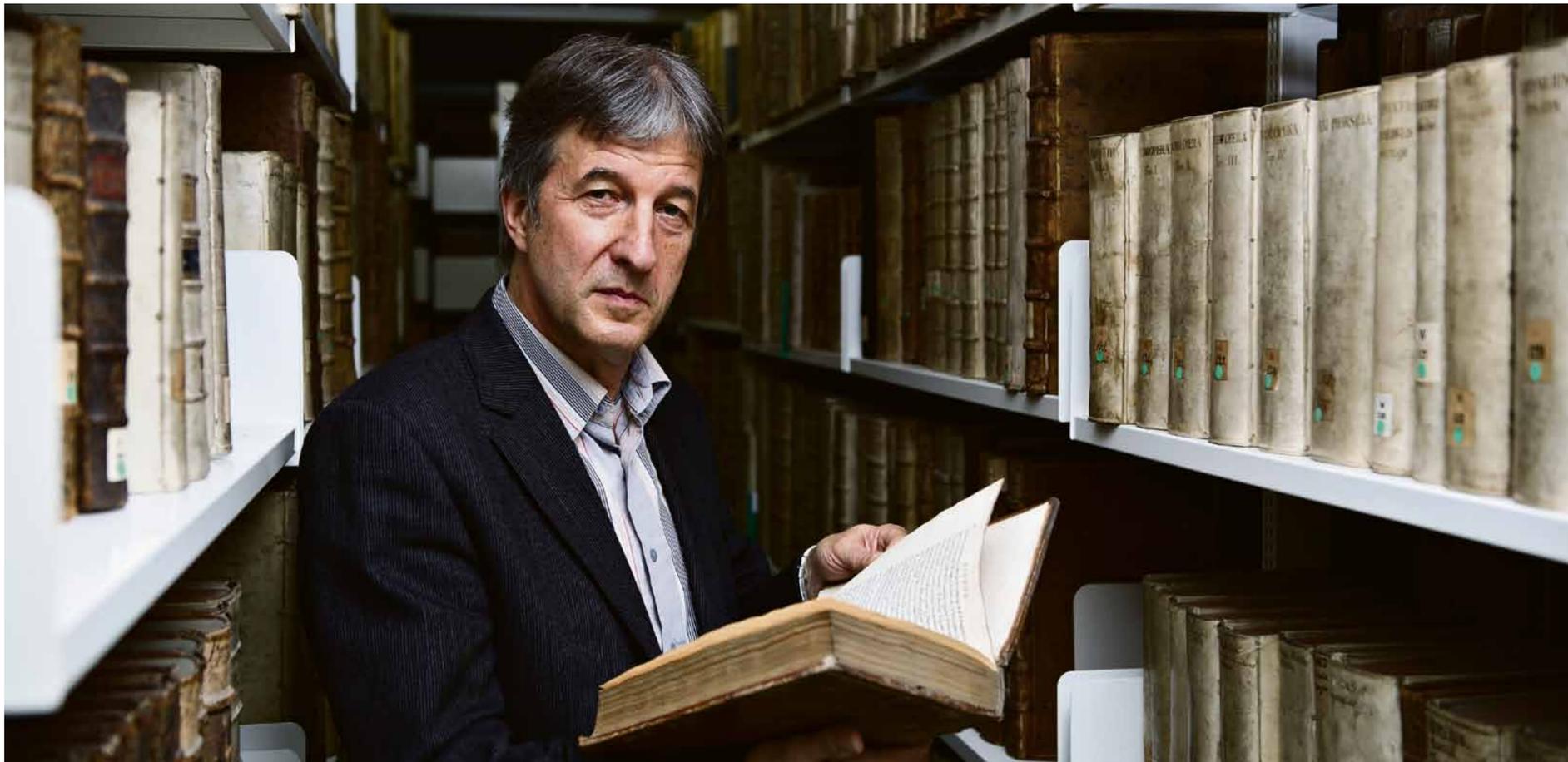
Das waren letztlich leere Worte. Der Bundesrat nahm nicht zur Kenntnis, dass zur Jahrhundertwende weite Teile der Schweizer Bevölkerung unter dem Existenzminimum lebten. 1918 kam es zum Generalstreik, der wichtigsten gesellschaftlichen Auseinandersetzung der schweizerischen Zeitgeschichte.

Tanner: Der Erste Weltkrieg schuf neue Bedingungen. Die lohnwerbstätige Bevölkerung – und damit die grosse Mehrheit – verlor massiv an Einkommen, während die Kriegsgewinne in die Höhe schossen. Der Bundesrat tat kaum etwas, um diese Probleme zu lösen. So kulminierte der Klassenkonflikt am Schluss des Krieges in einem unbefristeten Generalstreik. Unmittelbar ausgelöst wurde er durch Militär und Bürgertum, welche die Linke mit Truppenaufboten provozieren. Vor dem bundesrätlichen Ultimatum haben Sozialdemokratie und Gewerkschaften schliesslich kapituliert. Im Rück-

«Wenn die Politik die Anliegen der Bewegungen wie «Occupy Wall Street» nicht aufnimmt, verstummen diese wieder.»



Historiker Tanner, «Handelszeitung»-Redaktoren Balzli und Ihle: «Die Arbeiterbewegung hat später die Realität der Marktgesellschaft akzeptiert.»



blick wird klar, dass die Linke in dieser gesellschaftlichen Zerreihsprobe eine reife politische Leistung gezeigt hat.

Inwiefern?

Tanner: Sie hat wichtige Forderungen wie Einführung des Frauenstimmrechts und auch der AHV vertreten. Und sie hat bewusst Gewaltverzicht geübt. Vor und während des schweizerischen Generalstreiks gab es keine Aufstandsplanung, es wurden keine Versuche unternommen, strategische Punkte wie Bahnhöfe, Telegrafämter und Post zu besetzen. Auch Aufrufe für eine revolutionäre Aktion der «Bürgersoldaten», die ja alle ein Gewehr zuhause hatten, unterblieben. Damit wurde der Weg zum heutigen schweizerischen Sozialstaat vorgespurt.

Ist eine der heutigen Bewegungen in der Lage, die gesellschaftliche Ordnung zu erschüttern?

Tanner: Im arabischen Raum sind Diktaturen kollabiert, und die oft blutigen Auseinandersetzungen gehen weiter. Bewegungen wie «Occupy Wall Street» sind damit nicht zu vergleichen. Im Unterschied zur Arbeiter- und Frauenbewegung, die seit dem 19. Jahrhundert mit einem definierten Programm antraten, distanzieren sich heutige Protestbewegungen oft von der Politik. Sie setzen auf mediale Techniken und sehen sich als Resonanzverstärker für gesellschaftliche Probleme. Wenn die Politik diese Anliegen allerdings nicht aufgreift, so verhalten sie wieder.

Ist dies der Fall? Die aktuellen Strömungen und Protestaktionen transportieren Stimmungen, die sich in irgendeiner Form in der Politik durchsetzen werden.

Tanner: Die Politik hat jedenfalls auf die Finanzmarktkrise, welche 2007 einsetzte, entschlossen reagiert. Im Unterschied zu dem, was auf den Börsencrash an der Wall Street im Herbst 1929 folgte, herrschte diesmal der deutliche Wille, durch nationale Interventionen und internationale Zusammenarbeit einem Zusammenbruch der Weltwirtschaft entgegenzutreten. Man kann diese Massnahmen kritisieren, aber sie haben gewirkt. Bei zukunftsbezogenen Regulierungsmassnahmen lässt sich eine solche Entschlossenheit aber nicht feststellen. Hier gibt es Vorschläge in unterschiedlichste Richtungen, aber keinen Durchbruch.

Tanner: «Das Internet liefert Theoretikern der Verschwörung einen Hallraum.»

DER MENSCH

Name: Jakob Tanner

Funktion: Professor für neuzeitliche Geschichte, Universität Zürich

Alter: 61

Wohnort: Zürich

Familie: Verheiratet, eine Tochter
Ausbildung: Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Germanistik

Karriere: 1996 bis 2001: Mitglied der unabhängigen Expertenkommission

Schweiz-Zweiter Weltkrieg (Bergier) Seit 1997: Professor für Geschichte der Neuzeit an der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und am Historischen Seminar der Universität Zürich

2001/02: Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin

2004-2009: Fellow am Collegium Helveticum, Zürich (teilzeitlich)

Seit 2011: Fellow an der Albert-Ludwig-Universität Freiburg (Breisgau)

Die Organisation Die Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte ist ein 1971 gegründetes interdisziplinäres Forschungsinstitut der Universität Zürich. Ihre Mitglieder stammen aus dem Historischen Seminar oder dem Institut für Volkswirtschaftslehre. Sie verbindet Methoden der Geschichtswissenschaften und der Ökonomie.



Würde aber mit solchen Eingriffen nicht wieder die Illusion geschaffen, man habe alle Risiken und Konflikte im Griff?

Tanner: Das ist ein ernst zu nehmender Einwand. In der Diskussion um Markteingriffe darf nicht vergessen werden, dass Finanzmärkte schon immer, seit es sie gibt, auf formelle und informelle Regulierungen angewiesen waren, um funktionieren zu können. Nichtstun ist also keine Option. Der Rückzug des Staates hat in den letzten zwei Jahrzehnten massiv krisenverschärfend gewirkt. Es geht um angemessene und wirksame Massnahmen. Heute müsste auf eine reflexive Regulierung hingearbeitet werden, sprich auf gesetzliche Vorschriften, deren Effektivität und Effizienz dauernd überprüft und die bei Umsetzungsdefiziten – zum Beispiel bei der Entstehung eines neuen Schattenbankensystems oder bei Entwicklungen, die Risiken unsichtbar werden lassen – angepasst werden müssten.

Gibt es über die Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre hinaus historische Referenzpunkte, aus denen sich für die heutige Krise gewisse Erkenntnisse ableiten lassen?

Tanner: Für die Krise der 1930er-Jahre war der Glass-Steagall Act von 1933 wichtig. Um das hochriskante Investment Banking vom Kundengeschäft abzukoppeln, führte man damals das Trennbankensystem als Schadenbegrenzung ein. Dass dieses Gesetz 1999 aufgehoben wurde, ist auf intensives Lobbying der Banken zurückzuführen. Eine weitere Krise mit Auswirkungen ist jene von 1907. Damals wurde definitiv klar, dass Amerika einen «lender of last resort», nämlich eine Zentralbank, braucht, wie sie 1913 dann mit dem Federal Reserve System entstand. Im weiteren Sinne ist der sogenannte Progressivismus ab den 1890er-Jahren wichtig. Damals kam in den USA sehr viel in Bewegung. Mit einer Antimonopol-Gesetzgebung wurde dafür gesorgt, dass der Kapitalismus die Konkurrenz nicht abschaffen kann. Mit einem weiteren Gesetz verbot man den Unternehmen, sich mit Werbegeldern direkt in Wahlkämpfe einzuschalten und damit die demokratische Meinungsbildung zu manipulieren. Gefordert wurde auch staatlich finanzierter Umweltschutz. Diese Progressive Era erlebte den Aufstieg der Yellow Press, das heisst eines populistischen, aber auch sozialkritischen Sensationsjournalismus. Die Medienbericht-

erstattung wurde zum strategischen Faktor in der politischen Ökonomie der Aufmerksamkeitsökonomie – das ist sie bis heute geblieben.

Im Dreischritt von der Finanzkrise über die Konjunkturkrise hin zu einer sozialen Krise sind Fragen der sozialen Ungleichheit wichtiger geworden.

Tanner: Dies ist deshalb der Fall, weil die moderne Demokratie die politisch-rechtliche Gleichheit aller Menschen postu-

«Seit drei Jahrzehnten sind Einkommen und Vermögen noch viel ungleicher verteilt, als sie es zuvor waren.»

liert. Artikel 8 der Schweizerischen Bundesverfassung beginnt mit dem Satz: «Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.» Gleichzeitig zeigt sich, dass die kapitalistische Gesellschaft auf Ungleichheit beruht. Menschen haben sehr ungleichen Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen. Seit drei Jahrzehnten sind Einkommen und Vermögen noch viel ungleicher verteilt, als sie es zuvor schon waren. Die historisch spannende Frage ist nun, wie moderne Demokratien mit ihrem Anspruch auf Gleichheit einerseits und der real existierenden wirtschaftlichen Ungleichheit andererseits umgehen.

Das ist ein Widerspruch in sich selbst.

Tanner: Eine historische Antwort auf dieses Spannungsverhältnis war der Sozialstaat. Durch die Absicherung sozialer Risiken machte die Politik die gesellschaftliche Ungleichheit auf neue Weise akzeptabel. Zudem weist der steuerfinanzierte Sozialstaat ein progressives Steuersystem auf. Gerechtheit heisst hier, dass die Reichen steuerlich stärker belastet werden als weniger gut Gestellte.

Die Gerechtigkeit der Verteilung wird nun öffentlich in Frage gestellt.

Tanner: Ja, der Sozialstaat wird von rechts her angegriffen. Der Kampf gegen die

Steuerhinterziehung tritt in den meisten Ländern an Ort. Die neuen Reichen gefallen sich in einem unverschämten Luxuskonsum. In einigen Ländern nutzen Steuerfahnder jetzt Google Maps, um Swimmingpool-Besitzer, die keine Steuern zahlen, zu identifizieren. Das sind medienwirksame Facetten eines grösseren Problemzusammenhangs. Mit den Massnahmen zur Stabilisierung von Banken und Unternehmen, die seit 2007 von vielen Regierungen ergriffen wurden und für die Finanzmittel in astronomischer Höhe bereitstanden, wurden grosse Risiken auf die breite Masse der Steuerzahler überwälzt. Da ist doch sehr einseitig ...

... dann fällt der gesellschaftliche Kitt auseinander.
Tanner: Genau. Irgendeinmal ist es halt dann einfach zu viel.

Die westlichen Sozialstaaten müssen als Folge der Schuldenkrise massiv sparen. Die Ungleichheiten in der Gesellschaft dürfen sich dadurch akzentuieren.

Müssen wir uns an Bilder von Gewaltausbrüchen wie in Athen, Rom, London und Paris gewöhnen?

Tanner: Nicht unbedingt von Gewaltausbrüchen, aber von Protestausserungen. Wann genau es zu viel ist – dafür gibt es keine historische Formel. Das hängt von Interpretationsmustern ab, welche sich

verändern. Durchgängig festzustellen ist, dass Medienpräsenz über die Wahrnehmung solcher Aktionen entscheidet. Die Protestierenden bewegen sich immerzu in einem Dilemma: Gesellschaftlich akzeptable Vorgehensweisen werden rasch als langweilig abqualifiziert und liegen unter der Berichterstattungsschwelle der Medien. Gewalterruptionen hingegen liefern attraktive Frontseitenbilder, doch damit isolieren sich die Protagonisten des Protests. Wir werden aufgrund dieser Medienlogik wohl immer beide Seiten präsent haben.

Dabei geht freilich gerne vergessen, dass fernab von Protesten und Zelstädten auf der globalen Ebene gerade viel tiefer greifende Machtverschiebungen ablaufen.

Tanner: Ja, das ist genau für den Historiker ein zentraler Punkt. Strukturhistoriker haben vom «Schall und Rauch» der Ereignisse gesprochen, welche die langsamen, aber nachhaltigen Veränderungen unsichtbar machen. In meinen Augen ist die Auflösung einer amerikazentrierten Welt durch ein multilaterales Machtsystem mit vielen Zentren eine viel grössere Zäsur – ganz zu schweigen vom Aufstieg Chinas als «Werkstatt der Welt». Es gibt in der Volksrepublik China keine demokratischen Spielregeln. Dies ist eine enorme Herausforderung für die Vereinigten Staaten, aber genauso für Europa.

Interim Management by aim
Kompetenz • Identität • Wirksamkeit



www.aim.ch +41 44 444 28 28 info@aim.ch

